

Zur Lage in Böhmen.

(Von dem Korrespondenten der „Reichspost“.)

K. Prag, 17. Oktober.

Im tschechischen Bevölkerungsteil Böhmens, wohl auch Mährens und Schlesiens, dürfte es kaum jemand geben, der nicht die Gegenwart für eine entscheidende Schicksalszeit ansieht. Sie soll der Nation die historische Selbständigkeit in neuzeitlicher Ausstattung des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes bringen. Jetzt oder nie — ist die allgemeine Ueberzeugung.

Unter dem bestimmenden Einflusse der tschechischen Sozialdemokratie wurde mit dem historischen Staatsrecht das Nationalitätsprinzip verknüpft, um auf die slovakischen Komitate Ungarns Anspruch erheben zu können. Daher leidet das heutige tschechische Staatsprogramm an einem inneren Widerspruch von Rechtsansprüchen, der sich auch in den Parlamentsreden sachmännisch gebildeter tschechischer Staatsrechtler, wie Czjellenz Fiedler, offenbart. Gegenüber 3/4 Millionen Sudetendeutschen wendet man das historische Prinzip an, um sie an den böhmischen Staat zu fesseln und ihnen ein nationales Selbstbestimmungsrecht zu verweigern, auf dessen Grundlage man die Slovaken fordert.

Daß die Deutschen in einen ausgesprochen tschechischen Staat sich nie und nimmer einfügen werden und daß es keine Gewalt gibt, sie dazu zu zwingen, steht außer Frage. Auch abgesehen davon, daß der vielbeichriene Bärge des Nationalitätsprinzips, Wilson, den Deutschböhmern ausdrücklich dasselbe Recht der Selbständigkeit zugesichert haben soll, wie den übrigen Nationen.

Der geschlossenen Haltung aller Deutschen in Oesterreich bei einer Bildung der „Vereinigten Staaten Oesterreichs“ mit der Dynastie Habsburg an der Spitze würde ein gleich fester Block der Tschechen, Südslaven und Polen gegenüberstehen.

Unter dem Einflusse der Kriegsereignisse glaubte man nun, im Namen der ganzen tschechischen Nation bei den Reichsratsverhandlungen die Erklärung abgeben zu müssen, daß die österreichische Regierung, die bisher die böhmische Frage nach dem historischen Rechte nicht lösen wollte, sie nunmehr nach dem Nationalitätsprinzip nicht lösen könnte. Denn diese Lösung würde eine Sanierung des Grundübeln im Verfassungsleben Oesterreichs, die Aufhebung des Dualismus voraussetzen. Daher erwarten die tschechischen Hoffnungen auf einen selbständigen tschecho-slovakischen Staat die Erfüllung ihrer Sehnsucht von dem Weltfriedenskongreß. In der Versammlung des Verbandes der tschechischen Abgeordneten (Cesky svaz) und des Nationalausschusses (Cesky vybor) am 29. I. W. in Prag wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, zur Erreichung des gemeinsamen Zieles eines tschecho-slovakischen Staates mit keiner Wiener Regierung zu verhandeln. Ausdrücklich muß betont werden, daß die katholischen Abgeordneten Mährens und infolge dessen auch der Vertreter der Katholiken Böhmens keine andere Stimme abgaben.

Stillschweigend wurde bei solchem Beschlusse angenommen, die Entente werde das Maximum der tschechischen Forderungen bringen. Alle Vorkehrungen für den tschechischen Staat werden inzwischen von dem Nationalausschusse getroffen, dessen Vorstand gebildet ist aus: Kramar (Präsident), Svehla (I. Vizepräsident), Mlosac (2. Vizepräsident), Soukup (Schriftführer). Mit einer gewissen Malice wird bei diesen Vorbereitungen darauf hingewiesen, sie kopierten nur als Muster die Magyaren der nahen Vergangenheit und die Polen der Gegenwart. Den tschecho-slovakischen Legionären hätten die Klapka-Legion, den Masaryks die Kossuths zum Vorbild gedient.

Alle tschechischen politischen Parteien sind, wie bekannt, von geschlossener Einigkeit in dem Streben nach dem selbständigen tschecho-slovakischen Staat. Und ebenso von der festen Ueberzeugung getragen, ihn, wie Doktor Fiedler sich ausdrückte, von der vis maior zu erhalten.

Nun besteht eine breite und tiefe Kluft des kulturellen und sozialpolitischen Programms nicht nur zwischen den auf dem Boden christlicher Weltanschauung stehenden Vertreter der tschechischen Katholiken und den übrigen glaubensfeindlichen, bezw. glaubensgleichgültigen Parteien. Auch unter diesen letzteren selbst, namentlich zwischen den Anhängern des sozialistischen und liberal-kapitalistischen Bekenntnisses gibt es klaffende Gegensätze. Die Vorgänge bei dem Demonstrationsstreik haben dies vor aller Welt aufgelegt. Und so dürfte das Urteil von maßgebendsten Politikern zutreffen, das sich von der augenblicklich künstlich zusammengeleiteten Einmütigkeit nicht täuschen läßt: Der eigentliche Kampf um den Bestand des neuen böhmischen Staates wird erst nach seiner Aufrichtung beginnen.

Die Vorhuten sind in den letzter Zeit sich häufenden Deklarationen der vereinigten Sozialdemokraten und Nationalsozialen bereits zu erkennen. Klipp und klar wird

da verkündet, die bisher privilegierten Stände der „Bourgeois“ dürften in dem neuen tschechischen Staat nicht erwarten, daß die Fortsetzung ihrer Herrschaft auf Kosten der 50 Prozent Arbeiterklasse stillschweigend hingenommen werde. Eine Machtprobe sollte auch in der auf den 8. Oktober anberaumten Generalversammlung des Abgeordnetenverbandes und des Nationalrates mit Beteiligung der Vertreter der selbständigen Bezirks- und Städteorganisationen abgelegt werden. Denn das sozialistische Arbeiterorgan „Pravo Lidu“ kündigte tags zuvor das Erscheinen von 200 ungeladenen Vertretern der sozialistischen Parteien hiezu an. Diese Aussicht veranlaßte die Einberufer von der staatsrechtlichen Demokratie zu der Hals über Kopf erfolgten Abgabe, die selbst die meisten Abgeordneten nicht mehr rechtzeitig erreichte. Und die Kramar-Gruppe, vorab die Agrarier, machen gar keinen Hehl daraus, daß der von sozialistischer Seite inszenierte politische Eintagsstreik am 14. Oktober zu einem überaus gespannten Verhältnis innerhalb des Verbandes geführt hat.

Ohne Zweifel bedeutet die Solidarität aller Parteien, wie sie bisher besteht, für die tschechischen Katholiken künftighin die größte Gefahr, wenn sie das gemeinsame Ziel des tschecho-slovakischen Staates auch in der konkreten, vom radikalen Flügel gebotenen, aus dem Ausland importierten Form stillschweigend hinnehmen.

Es ist nun auffallend, daß die maßgebenden katholischen Abgeordneten bei der letzten Versammlung der vereinigten katholisch-nationalen und christlich-sozialen Partei über ihren Programmpunkt des offenen Bekenntnisses ihrer dynastischen Treue sich ausschwiegen. Ihre 120.000 katholische Wähler haben doch die bisherigen Resolutionen mit ihrer nachdrücklichen Betonung des treuen Festhaltens an der habsburgischen Dynastie stets mit Begeisterung aufgenommen. Und die zu mehreren Zehntausend in Belehrad versammelten Katholiken ließen in ihrer Haltung auch nicht den geringsten Zweifel über ihre unentwegte Loyalität gegen die Dynastie aufkommen. Woher auf einmal dieses Schweigen?

Dieselben Bestrebungen machten sich an den Wenzelstagen bei den Versammlungen der katholischen Partei in Böhmen geltend. Was geht hier vor? Welche Kräfte sind da am Werke? Für den objektiven Beobachter der Entwicklung, welche die Dinge in den letzten Wochen im katholischen Lager geommen, ist klar ersichtlich, daß es sich um eine wohlangelegte Minierarbeit handelt. Durch eine Bresche suchten die radikalen Agrarier mittels ihrer „auchkatholischen“ Weislichen vom Schläge Zahradnik und Krojher ins katholische Lager einzubringen und eine Spaltung in die katholischen Reihen zu tragen, das ausgesprochene Ziel dabei ist, die katholische Partei in einer Fusion unter dem Hochdruck der einheitlichen Begeisterung für die tschechische Staatsidee zu absorbieren und damit des lästigen Gewissenswunders los zu werden. Denselben Zweck muß auch die systematische Suche von dieser Seite gegen die Hierarchie dienen, um die Kirche in ihrem Lebensnerv, dem kanonischen Gehorsam, zu treffen.

Geillose Verfahrenheit, wohin der Blick sich wendet. Und wie da herauskommen? Nur eine Möglichkeit. Die Verstärkung von Volk zu Volk unter Ausschaltung der Professionsbeher, die die Theorie von Hammer und Amboss vertreten. Für Gleichberechtigung im selbständigen böhmischen Staat sind im Grunde genommen die besonnenen Elemente aller Parteien. Selbst bei den Agrariern. Der Radikalismus des disziplinlosen agrarischen „Bentov“, der unlängst einer Politik der „Wiedervergeltung“ das Wort redete, darf in diesem Punkte keineswegs als Parteiansicht angesprochen werden. Die Wasser sind nicht zu tief, als daß man nicht zu einander kommen könnte. Es gilt nur die erste Scheu überwinden. Doch zeigt die Uhr die zwölfte Stunde.